

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 24 / 43. Jg.

13. Juni 1930

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.— Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-schluß: Montag. Fernruf: B 2, Litzow 5583. Verlag: Johannes Heß, Berlin W 9. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten. **Postverlagsgart Schkenditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Neuer Tarif für das Lithographie- und Steindruckgewerbe

Die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in voriger Nummer des Verbandsorgans unterrichtete bereits die Kollegen darüber, daß die zuständigen Kollegen in der Urabstimmung mit Mehrheit sich dafür entschieden haben, den Tarif für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe entsprechend dem Verhandlungsergebnis vom Mai ein Jahr weiter in Geltung zu lassen. Diese Stellungnahme war das einzig Gebotene in der gegebenen Situation. Sie war auch schon insofern vorweggenommen, als Zentralkommissionen, Verbandsvorstand und Verbandsbeirat in voller Übereinstimmung beschlossen hatten, von einer Tarifkündigung angesichts der Lage des Gewerbes in diesem Jahre abzusehen, obwohl eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Neuregelung des Lehrlingswesens dringlichste Tagesforderung ist. Aber wie die Verhandlungen im Mai nur wieder erneut bestätigt haben, sind solche Gewerbenotwendigkeiten den Unternehmern nur im härtesten Kampf abzurufen, weil ihr gewerbliches Tun von ganz andern Triebkräften geleitet wird. Auch für ihr Tun gilt der Grundsatz: Ohne Profit raucht kein Schornstein.

Inzwischen ist nun auch die Zustimmung des Schutzverbandes zu weiteren tarifverträglichen Gebundenheit eingegangen. Wie bereits mitgeteilt wurde, hatte der Schutzverband seine Mitglieder für den 1. Juni nach Aachen zur Generalversammlung geladen, um mit über den eventuellen Neuabschluß des Tarifes zu entscheiden. Wie die Fama erzählt, soll diese Entscheidung außerordentlich schwierig gewesen sein und starke Opposition sich geltend gemacht haben. Dem kann man gern Glauben schenken, denn die Kündigung des Tarifes durch den Schutzverband ist doch mit der Absicht ausgesprochen worden, den Gehilfen eine Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Die Tarifausschußmitglieder des Schutzverbandes haben sich auch alle Mühe gegeben, den Gehilfen Wichtiges abzurufen. Sie haben alle Register gezogen und die stärksten Pferde aus ihrem Stalle geholt. Aber es hat nichts genützt. Für die Gehilfenschaft war die Sachlage klar. Ein zu ihren Ungunsten abgeänderter Tarif hätte glatte Ablehnung gefunden. Die Gehilfenschaft hat genug Opfer gebracht; jetzt ist der Topf voll! Diese Überzeugung hätten die Unternehmervertreter von den Tarifverhandlungen zumindest gewinnen müssen. Jedes Wort müßte deshalb zwecklos sein, das noch zur eventuellen Abänderung des Verhandlungsergebnisses nachträglich gesprochen wurde.

Wie bereits gesagt, haben die Gehilfen und die Unternehmer dem Verhandlungsergebnis zugestimmt. Damit ist wieder ein Tarif zum Abschluß gekommen; die Verhältnisse im Lithographie- und Steindruckgewerbe sind also tariflich geregelt. Die Kollegen haben sich nach den Tarifbestimmungen zu richten, sie haben aber auch darüber zu wachen, daß die Unternehmer die Tarifbe-

stimmungen beachten. Da ist leider noch nicht alles in Ordnung, so daß schon Aufmerksamkeit angebracht ist.

Mit der Verlängerung der Laufzeit des Tarifes für das Lithographie- und Steindruckgewerbe — denn weiter ist die Anerkennung des Mai-Verhandlungsergebnisses nichts — hat die Gehilfenschaft erneut zum Ausdruck gebracht, daß sie neben Vertretung ihrer Interessen auch dem Gewerbe zu dienen gewillt ist. Dieser Wille wird auch noch durch eine Reihe anderer Maßnahmen der Gehilfenschaft bewiesen, die ihr auch eine anständige Stange Geld kosten. Auch das ist den Unternehmern hinreichend bekannt. Trotzdem fühlt sich das „Steindruckgewerbe“ in seinem Heft 11 vom 1. Juni 1930 bemüßigt, den Gehilfen zuzurufen: „Treibt Gewerbepolitik, noch ist es nicht zu spät dazu!“ Nach dem Zurufer hat die Gehilfenschaft bisher nur Gewerkschaftspolitik getrieben. Was er unter Gewerbepolitik versteht, verschweigt er leider. Suchen wir also danach.

Der Aufsatz beginnt mit der Feststellung, daß der Krieg große Umformungen im wirtschaftlichen Leben mit sich gebracht habe und phantastische Summen an Geld koste. Die Wirtschaft leide dadurch große Not. Dann folgt eine Aufzählung der wirtschaftlichen und der Zollschwierigkeiten. Unter all diesen Schwierigkeiten habe das Steindruckgewerbe besonders zu leiden, weil es früher viel Waren ausgeführt habe. In den wichtigen Zolltarifpositionen 657a und 676a sei gegen 1913 erst ein Drittel der Ausfuhr erreicht. Es müsse aber das Bestreben unserer Industrie sein, nach und nach wieder die früheren Märkte zurückzugewinnen. Dazu gebrauchen wir eine Lohnpolitik, die es ermöglicht, mit der außerdeutschen Konkurrenz zu bestehen. Wörtlich sagt der Artikelschreiber weiter: „Bei der erheblichen Arbeitslosigkeit, die auch in unserem Gewerbe herrscht, ist es geradezu Pflicht, daß auch der Arbeitnehmer seine Ansprüche reduziert und die übersteigerten Löhne auf das Ausmaß reduziert, das uns konkurrenzfähiger macht.“ Die Gewerkschaftsführer hätten durch ihr scharfes Vorgehen das Tempo der Lohnerhöhungen in unerhörter Weise forciert und dadurch die Krise heraufbeschworen. Darum der oben von uns wiedergegebene Warnruf.

Den Kollegen wird sicher sämtliche Spucke nach dem Lesen dieser „volkswirtschaftlichen“ Auslassungen weggeblieben sein. Schon die Einleitung ist hahnebüchen. Die Arbeiterschaft hat sich mit Händen und Füßen gegen den Krieg gewehrt und ihr Führer, August Bebel, hat lange vor 1914 mit prophetischem Blick vorausgesagt, welche Folgen ein Weltkrieg haben muß. Nicht die Arbeiterschaft, sondern das Bürgertum brauchte das „Stahlbad“, wie alle Memoiren unwiderleglich beweisen. Nachdem man nun in einen solchen Dreck hineingeraten ist, soll die Arbeiterschaft wieder der Teil sein, der alles

Ungemach trägt. Gottseidank fängt es an damit vorbei zu sein.

Aber das ist bloß die Einleitung. Der Kern dieses „Warnrufes an die Gewerkschaften“ ist sicher der von uns wörtlich zitierte Satz. Wer also nicht darauf eingeht, die Löhne reduzieren zu lassen, der treibt keine Gewerbepolitik. Das ist doch wenigstens wieder einmal etwas neues, wenn es auch nicht nach besonderer Weisheit riecht.

Mit diesem Warnruf an die Gehilfenschaft führt das „Steindruckgewerbe“ den Kampf um den Lohn fort, der von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ausgerufen worden ist. Auch ohne diesen Warnruf hätte die Gehilfenschaft gewußt, daß mit Abschluß der Tarifverhandlungen der Kampf um den Lohn nicht beendet ist. Sie weiß vielmehr, daß dieser Kampf in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu beenden ist. Die Unternehmer wollen den Lohnabbau, die Gehilfen und mit ihr die gesamte Arbeiterschaft den Lohnaufbau. Und der Lohnaufbau kommt! Die Wirtschaft windet sich nicht deshalb in einer Krise, weil zu wenig Waren da sind, sondern sie windet sich in einer Krise, weil die erzeugten Waren bei nur halber Inanspruchnahme der Produktivkräfte wegen mangelnder Kaufkraft nicht abzusetzen sind. Will die Industrie wieder in die Höhe kommen, hat sie in erster Linie dafür zu sorgen, daß die breiten Massen die erzeugten Waren auch kaufen können. Geschwächte Kaufkraft ergibt auch geschwächten Umsatz. Diese Lehre ist so handgreiflich, daß sie eigentlich jeder begreifen müßte. Aber kapitalistisches Denken ist eben ein besonderes Denken. Es ist vom Profitstreben diktiert und sieht nur den Profit. Alles was diesem Streben nicht erböht ist, ist vom Übel. Dieses Streben bestimmt deshalb auch, was der Unternehmer als Gewerbepolitik ansieht. Abbau der Löhne ist Gewerbepolitik, und wer dem widerspricht, der versteht nichts davon und muß sich mahnrufen lassen.

Gerade weil die Gehilfenschaft einem Lohnabbau nicht zustimmt, vielmehr in einem weiteren Lohnaufbau ihre volkswirtschaftliche Pflicht sieht, tut sie Dienst am Gewerbe, wie ihn kapitalistisches Unternehmertum niemals leisten kann. Der Unternehmer fragt nur danach: Was verdiene ich dabei. Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse interessiert ihn nur soweit, als es das Geschäft angeht. Ganz anders steht die Gehilfenschaft zum Gewerbe. Das ist schon so oft zum Ausdruck gekommen, daß es nicht wiederholt zu werden braucht. Und die Gehilfenschaft wird ihre Gewerbepolitik fortsetzen, unbeirrt der Warnrufe, die von der Gegenseite kommen. Denn wenn da von Gewerbepolitik geredet wird, ist stets Profitpolitik gemeint. Davon aber trennt die Gehilfenschaft und die Arbeiterklasse eine Welt. Ihr Ziel ist die Gemeinwirtschaft, jene Wirtschaft also, die uneigennützig dem Gemeinwohl dient. Darum sagt die Gehilfenschaft: *Nicht Profitpolitik, sondern Gewerbepolitik!*

Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder!

Wiederum steht Sachsen vor Landtagswahlen. Wiederum ringt die sächsische Arbeiterschaft um politische Macht, um Einfluß auf Staat und Verwaltung. Mehr als je zuvor steht aber die diesjährige Wahl im Zeichen wirtschaftlicher und sozialer Kämpfe.

Sachsen, einst ein blühendes Land der Arbeit, ist zum Land der Arbeitslosigkeit geworden. Die Not der Arbeitslosen und Kurzarbeiter schreit zum Himmel!

Erstes Gebot der Stunde muß daher sein:

Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Arbeitslosennot!

Was aber hat die bürgerliche Presse getan?

Unter dem Einfluß industrieller Scharfmacher ist sie im Reichsrat wiederholt für Abbau der Arbeitslosenversicherung eingetreten — trotz der unerträglichen Arbeitslosigkeit — trotz der Nöte der Gemeinden.

Die sozialen Aufgaben des Staates wurden abgebaut; die Mittel zur Linderung der ungeheuren Not der arbeitenden Bevölkerung rücksichtslos gedrosselt! Millionenbeträge hat die bürgerliche Regierung gerade dort „eingespart“, wo

Leben und Gesundheit des Volkes auf dem Spiele stehen.

Der Wille der Industrieherrn galt ihr stets mehr als die Sache des Volkes.

Jetzt steht die Arbeiterschaft wieder in schwerstem Kampfe um Erhaltung von Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung und Arbeitslohn. Auf der ganzen Linie setzt der Angriff der Unternehmer ein. Sie glauben, die Arbeiterschaft liege durch Not und Elend geschwächt am Boden — sie zu überrennen sei ein Leichtes.

Der Schrei der Massen nach Arbeit und Brot

wird von dem Unternehmertum beantwortet mit der Forderung:

Abbau der Löhne! Verlängerung der Arbeitszeit!

Arbeiter! Gewerkschafter! Hört diesen Kampfruf! Hört unsere Mahnung!

Die Kapitalisten haben als Besitzer der Fabriken und Maschinen eine große wirtschaftliche Macht.

Wollt ihr, daß diese Macht noch gesteigert wird durch unbeschränkte politische Herrschaft?

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund / Bez. Sachsen

Wir brauchen Konjunkturpolitik

Das Institut für Konjunkturforschung berechnet den Ausnützungsgrad der Industrieanlagen, gemessen an der Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze, für den April auf 71,2 Proz. Würde man den Ausnützungsgrad an der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft messen, dann würde man auf vielleicht 50 Proz. kommen. In dieser Lage wissen die Unternehmer nichts zu fordern, als die Herabsetzung der Löhne und den Abbau der Sozialversicherung, insbesondere der Arbeitslosenversicherung.

Die Technik der Erzeugung entwickelt sich in unserer Zeit rascher fort als je. In gleichem Maße müßte der allgemeine Wohlstand wachsen, wenn nicht die kapitalistische Organisation der Wirtschaft geradezu eine Zwangsjacke für den Fortschritt geworden wäre. Zwei Entwicklungsrichtungen lassen sich verfolgen, die sich besonders ungünstig auswirken: Die Abwälzung des Kapitalrisikos auf den Arbeiter und die planmäßige Einschränkung der Produktion.

Die Unternehmerpolitik ist mit Erfolg auf Ausschaltung der Verluste, auf Stabilisierung der Gewinne gerichtet. Der Idealtyp des heutigen Unternehmers ist der „Kartellrentner“. Mit der verhältnismäßigen Sicherung der Gewinne wird aber das Risiko der chaotischen kapitalistischen Wirtschaft immer mehr auf die Schultern der Arbeiterschaft gelegt. Die Arbeitslosenzahlen sprechen eine deutliche Sprache.

Das wesentliche Merkmal der Krisen war früher ein allgemeiner Preissturz. Setzt man den Index der Preise für 1926 gleich 100, dann sind tatsächlich die sogenannten „freien Preise“ bis zum April auf 85,3 Proz. gefallen, die „gebundenen Preise“ aber sind auf 105 Proz. gestiegen. Diese Hochhaltung der Kartellpreise ist nur möglich durch eine künstliche Einschränkung des Angebots von Waren, durch die Drosselung der Produktion.

Das Institut für Konjunkturforschung ist der Meinung, daß eine Möglichkeit der Steigerung

des Absatzes von Verbrauchsgütern vorerst hauptsächlich nur über den Weg von Preisherabsetzungen gegeben sei. Die Kartellpreise müssen herunter, wenn eine Belebung der Wirtschaft erzielt werden soll. Auch Unternehmer müssen das begreifen. Auf der Generalversammlung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute erklärte Direktor Vögler, daß in erster Linie ein Preisabbau herbeizuführen sei, um wieder zu gesunden Verhältnissen zu kommen. Vögler will aber die Preise nur dann senken, wenn eine Lohnkürzung vorausgeht.

Der Zweck der Wirtschaft ist eine bessere Versorgung des Volkes. Mit dem Fortschreiten der Produktivität der Arbeit kann eine entsprechende ständige Hebung der Lebenshaltung erreicht werden. Wenn unsere „Wirtschaftsführer“ nicht völlig versagen würden, wäre eine langsame aber stetige Erhöhung der Reallohne möglich. Aber die Unternehmer haben den Karren wieder einmal in den Dreck gefahren und verlangen, daß die Arbeiter ihn wieder herausholen. Sie sollen sparen, zum Wohl des Kartellrentners, der uns, um nicht im eigenen Fett zu ersticken, in eine neue Krise hineinführen muß.

Man könnte den Unternehmern das Vergnügen lassen, von einer Krise in die andere zu schlittern, wenn sie sich damit allein treffen würden. Am schwersten leidet aber unter der Krise die Arbeiterschaft und nicht die, die sie hineinführen. Darum muß auch die Arbeiterschaft ihren ganzen Einfluß für die Ankerbelung der Wirtschaft und schließlich für die Stabilisierung der Konjunktur einsetzen.

Der Wirtschaftsablauf ist leider immer noch weniger von verstandesmäßigen Erwägungen, als von der Stimmung der Unternehmer abhängig. Wenn in den Vereinigten Staaten die Kapitalisten nach einem Spekulationsfieber eine kalte Dusche bekommen und anfangen, in Pessimismus zu machen, dann muß die ganze Welt darunter leiden. Auch unsere deutschen Unternehmer sind mit „Stimmungen“ reichlicher versehen, als der deutschen Wirtschaft bekömmlich ist. Eine Art Zweckpessimismus, nämlich die Verzweiflung über un-

Wollt ihr, daß in den bevorstehenden Entscheidungskämpfen Kapital und Staatsgewalt vereint gegen euch stehen?

Nein, ihr könnt es nicht wollen! Eure ureigensten Lebensinteressen erfordern Einsatz aller Kräfte gegen die Bildung einer neuen Bürgerblockmehrheit! Wenn euch ausreichender Lohn und erträgliche Arbeitsbedingungen, wenn euch das Wohl eurer Kinder, wenn euch der Aufstieg der Arbeiterklasse am Herzen liegt,

dann sorgt dafür, daß der Sächsische Landtag eine Arbeitermehrheit erhält, die Seite an Seite mit den Gewerkschaften eure politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen wahrnimmt.

Kampf gegen die Wiederkehr des Bürgerblocks heißt aber auch:

Verschärfter Kampf gegen die Seuche des Faschismus!

Verschärfter Kampf gegen jene politischen Abenteuerer, die sich Nationalsozialisten nennen. Mit den banalsten Phrasen — den Arbeitern gegenüber proletarisch-sozialistisch, den Kleinbürgern gegenüber antisemitisch-nationalistisch abgetönt — versuchen sie, sich Eingang in die Arbeiterschaft zu erschleichen. Unfähig, praktische Arbeit zu leisten, zielt diese reaktionärste aller Parteien darauf ab, durch Lüge und Verleumdung die Arbeiter gegeneinander zu hetzen, ihre Kampffront zu schwächen.

Macht Schluß mit diesen gelben Hakenkreuzlern! Legt ihnen das Handwerk! Entlarvt sie als das, was sie sind:

Söldlinge der Kapitalisten, die tückischsten Feinde der Arbeiterklasse.

Unser Ziel muß sein, in den Gewerkschaften die Kräfte des schaffenden Volkes zu sammeln, vereint mit der Sozialdemokratie der Arbeiterschaft Geltung zu verschaffen und dem Bürgerblock eine entscheidende Niederlage zu bereiten!

Sachsen, das Land des Arbeitervolkes muß unser sein!

Wir rufen alle Männer und Frauen des schaffenden Volkes auf, in Stadt und Land unablässig zu werben

für die Sozialdemokratische Partei. — Wählt Liste 1!

sere luxuriöse Sozialpolitik, gilt gegenwärtig als vornehm. Dieser Unternehmerkatzenjammer würde rascher vorübergehen, wenn etwas mehr Einsicht in die sachlichen Zusammenhänge vorhanden wäre.

Wirtschaftspolitik darf nicht Stimmungssache, sondern muß Wissenschaft sein. Die erste Voraussetzung ist darauf eine klare Durchleuchtung des Wirtschaftsvorganges, insbesondere eine vollständige Produktions- und Einkommensstatistik. Wenn sich die Unternehmer gegen diese Neuerung sträuben, zeigen sie nur, daß sie Grund haben, das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Trotz der Widerstände der Unternehmer scheint es aber nicht ausgeschlossen, daß auf diesem Gebiet durch Reichsgesetzgebung Fortschritte erzielt werden.

Die entscheidende Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist dann, das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch zu halten. Zweifellos hinkt heute der Verbrauch hinter der Erzeugung her. Hebung des Absatzes durch Preissenkung oder Lohnerhöhung ist die Vorbedingung der weiteren Entfaltung der produktiven Kräfte. Sowie hier die Erhaltung und Erhöhung des Lohnniveaus in Frage kommt, kann die Arbeiterschaft durch die Stärkung der Gewerkschaften selbst diese Aufgabe lösen.

Schließlich kann von den öffentlichen Körperschaften verlangt werden, daß sie endlich dazu übergehen, eine wirksame Konjunkturpolitik zu betreiben. Lieferaufträge zur Ankerbelung der Wirtschaft und zur Überwindung der kritischen Momente, in denen „stimmungsvolle“ Unternehmer Unheil anrichten möchten, können vergeben werden. Insbesondere muß das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe pfleglich behandelt werden. Ein anderer Kurs auf dem Gebiet der Zoll- und der Kartellpolitik ist notwendig.

Krisen sind teuer. Mit 8 bis 10 Milliarden ist der jährliche Produktionsausfall gering eingeschätzt. Darum brauchen wir Konjunkturpolitik. Es wird zwar noch nicht möglich sein, die Krisen völlig auszuschalten, aber es kann erreicht werden, daß sie wesentlich gemildert werden.

RECHT UND GESETZ

Bilanz der internationalen Sozialpolitik

Wie alljährlich, legt der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes auch der am 10. Juni d. J. in Genf beginnenden 14. Internationalen Arbeitskonferenz einen umfassenden Tätigkeitsbericht vor. Der diesjährige Bericht verdient deshalb ganz besondere Beachtung, weil er gewissermaßen einen Überblick über das nunmehr zehnjährige Wirken der Internationalen Arbeitsorganisation und des Internationalen Arbeitsamts insbesondere gestaltet.

Der Internationalen Arbeitsorganisation gehören heute 55 Mitgliedstaaten an, darunter Brasilien, das bekanntlich aus dem Völkerbund ausgeschieden ist, aber nach wie vor der Internationalen Arbeitsorganisation angehört und die Arbeitskonferenz mit vollständigen Delegationen besichtigt.

Die Zusammenarbeit mit den Regierungen der Mitgliedstaaten gestaltet sich von Jahr zu Jahr enger und bildet immer zweckmäßigere Formen eines gegenseitigen Zusammenwirkens heraus. Verschiedene Länder, insbesondere die überseeischen, unterhalten in Genf ständige Vertretungen beim Internationalen Arbeitsamt oder solche, die ihre Regierungen sowohl beim Völkerbund als auch beim Arbeitsamt ständig vertreten. Zu diesen Ländern gehören China, Japan, Kanada, Kolumbien, Kuba, Peru, Persien und Südafrika. Von den europäischen Ländern sind es insbesondere Dänemark, Schweden, Finnland, Irland, Ungarn, Lettland, Polen, Portugal, Rumänien und Jugoslawien. Die Regierungen von Argentinien, Bulgarien, Griechenland, Italien, Norwegen, der Tschechoslowakei, Uruguay und Venezuela haben ihre diplomatischen oder Konsularvertreter in Bern oder in Genf mit der Vertretung ihrer Regierungen beim Völkerbund und beim Internationalen Arbeitsamt betraut. In den nordeuropäischen Ländern hat das internationale sozialpolitische Werk von Genf zu einer sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft geführt, mit dem Zweck, angesichts der Ähnlichkeit der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dieser Länder auf dem Gebiete der Durchführung internationaler Grundsätze in der Sozialpolitik gemeinsam zu beraten und gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen. Zweifellos können solche Arbeitsgemeinschaften für den Gedanken der Universalität der Sozialpolitik eine Gefahr darstellen. Die Praxis der nordischen Länder hat indessen bewiesen, daß die gemeinsamen Beratungen geeignet sind, Schwierigkeiten, die einer Ratifikation internationaler Arbeitsübereinkommen in einem Lande im Wege stehen, gemeinsam zu überwinden, und somit den internationalen sozialen Fortschritt zu fördern. Eine interessante Neuerung hat die rumänische Regierung eingeführt durch die Gründung eines „Ausschusses zur Pflege der Beziehungen mit der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Internationalen Arbeitsamt“. Dem Ausschuß gehören Vertreter der zuständigen Regierungsdienststellen sowie der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer an. Den Vorsitz führt der Generalsekretär des Arbeitsministeriums. Der Ausschuß befaßt sich mit allen die Internationale Arbeitsorganisation angehenden Fragen, sowohl in bezug auf die Vorbereitung der Arbeiten für die Internationale Arbeitskonferenz und das Internationale Arbeitsamt, als auch in bezug auf die Ratifikation der internationalen Arbeitsübereinkommen und ihre Durchführung. Auch in den asiatischen Ländern und insbesondere in den Ländern an den Gestaden des pazifischen Ozeans, hat die von Genf ausgehende internationale Sozialpolitik zu einer Fühlungnahme geführt, die nicht nur im Interesse des sozialen Fortschritts liegt, sondern angesichts der gefährlichen wirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen dieser Länder untereinander im Interesse einer Sicherung des Friedens von höchster politischer Bedeutung ist.

Wie der erwähnte Bericht zeigt, war das von der Internationalen Arbeitsorganisation im letzten Jahre erledigte Arbeitsprogramm besonders umfangreich. Die Zahl der internationalen Arbeitsübereinkommen wurde um zwei vermehrt. Sie beträgt heute 28. Diese beiden Übereinkommen wurden von der 12. Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1929 angenommen und betreffen den Schutz der Dockarbeiter gegen Unfälle sowie Vorschriften über die Gewichtsbezeichnung von schweren auf Schiffen beförderten Laststücken. Weiter hat die Konferenz eine Empfehlung angenommen, die allgemeine Grundsätze und Regeln zur Verhütung von Arbeitsunfällen enthält. Eine andere von der Konferenz angenommene Empfehlung sieht vor, daß die Mitgliedstaaten ein gesetzliches Ver-

bot erlassen, ungeschützte Maschinen in den Handel zu bringen.

Darüber hinaus hat sich die 12. Internationale Arbeitskonferenz zum ersten Male mit der wichtigen Frage der Ausdehnung des internationalen Arbeitszeitschutzes auf die Angestellten befaßt. Ein anderer wichtiger Beratungsgegenstand der 12. Internationalen Arbeitskonferenz war die Regelung der Zwangsarbeit in den Kolonien.

Im Oktober 1929 fand eine besondere Schifffahrtstagung der Internationalen Arbeitskonferenz statt. Von besonderer Bedeutung war die im Januar 1930 abgehaltene Vorbereitende Technische Konferenz über die Arbeitsbedingungen im Stein- und Kohlenbergbau. Hier wurde das Internationale Arbeitsamt von der Völkerbundsversammlung beauftragt, von der sozialen Seite her beschleunigt an der Lösung der Weltkohlenkrise mitzuwirken.

Die Zahl der ratifizierten Übereinkommen ist von 342 am 15. März 1929 auf 386 am 15. März 1930 angewachsen. Außer diesen 44 neuen Ratifikationen ist zu berücksichtigen, daß in 22 Fällen die gesetzgebenden Körperschaften der Regierungen die Ratifikation beschlossen haben, während in 125 Fällen die Regierungen ihren gesetzgebenden Körperschaften die Ratifikation empfohlen haben. Zweifellos ist auf der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz die Bekanntgabe weiterer Ratifikationen durch verschiedene Regierungsvertreter zu erwarten.

Es wäre falsch, das Werk der Internationalen Arbeitsorganisation nur nach der Zahl der ratifizierten Übereinkommen zu beurteilen, wieweil diese Ratifikationen zweifellos die zweckmäßigste und sicherste Form der Übernahme internationaler Verpflichtungen bedeuten. Die zehnjährige Erfahrung hat indessen gelehrt, daß die internationalen Maßnahmen, auch da wo eine Ratifizierung nicht stattfand und insbesondere soweit es sich um die Durchführung der zahlreichen Empfehlungen handelt, einen unverkennbaren Einfluß auf die nationale Gesetzgebung der einzelnen Länder ausüben. Der Bericht gibt in dem Kapitel über die Prüfung der erzielten Ergebnisse schon weitgehende Auskunft über den Einfluß des Genfer Werkes auf den Stand des Arbeiterschutzes, der Sozialversicherung, der Löhne, des Arbeitsmarktes, des Wanderungswesens, des Sonderschutzes bestimmter Berufsgruppen (Seeleute, Landarbeiter, Angestellte, geistige Arbeiter usw.).

Es ist hier unmöglich, in kurzen Worten auf die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts hinzuweisen. Neben zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten, die zur Zeit ausgeführt werden, neben der Sammlung von Unterlagen über alle Zweige der Sozialpolitik in den verschiedenen Ländern der Welt, verdient insbesondere die Auskunftstätigkeit des Internationalen Arbeitsamts besondere Erwähnung. Im Jahre 1929 sind vom Internationalen Arbeitsamt nahezu 1000 Anfragen von Regierungen und Regierungsdienststellen, Parlamentariern, Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, freien sozialpolitischen Vereinigungen, wissenschaftlichen Instituten, Einzelpersonen usw., beantwortet worden. Es handelt sich hier vorwiegend um Anfragen, deren Beantwortung in der Regel internationale Rundfragen und Erhebungen notwendig machte. Aus Großbritannien kamen 142 solcher Anfragen, aus Frankreich 135, aus Deutschland 133, aus der Schweiz 101, aus den Vereinigten Staaten 72, aus Italien 64, aus Belgien 63 usw.

Der Haushalt des Internationalen Arbeitsamts für das Jahr 1930 beträgt 8,5 Millionen Goldfranken. Angesichts gewisser Bestrebungen, den Haushalt des Internationalen Arbeitsamts einzuschränken, darf gesagt werden, daß die Aufwendungen der einzelnen Länder für die internationale Sozialpolitik geradezu unerheblich sind, wenn man berücksichtigt, daß z. B. in Deutschland auf 100 Goldfranken des Gesamthaushalts 0,5 Centimes auf das Internationale Arbeitsamt entfallen. Für Australien beläuft sich dieser Satz auf 1,1, für Frankreich auf 0,7, für Großbritannien auf 0,4, für Italien auf 0,9 und für Japan auf 1,1. Der britische Beitrag für das Internationale Arbeitsamt beläuft sich zur Zeit auf 34000 Pfund jährlich. D. h. die Aufwendungen Großbritanniens für das Internationale Arbeitsamt sind nicht so hoch wie die Telefonkosten des britischen Arbeitsministeriums, die sich auf 35000 Pfund jährlich belaufen.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß der Überblick über das in diesen zehn Jahren vollbrachte Werk zu der Schlußfolgerung berechtigt, daß der beschrittene Weg geeignet ist, das in Teil 13 des Friedensvertrages verheißene Ziel der sozialen Gerechtigkeit zu erreichen.

Der Betriebsunfall

Der neugewählte Betriebsrat hat nach § 77 des Betriebsrätegesetzes ein Mitglied zu bestimmen, welches bei Unfalluntersuchungen, die im Betriebe vorgenommen werden, mit hinzuzuziehen ist. Für den betreffenden Kollegen ist freilich einige Kenntnis der einschlägigen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung notwendig. Seine Mitwirkung bei Unfalluntersuchungen, soweit die Frage des Anspruchs auf Unfallrente geklärt werden soll, gilt hierbei nicht etwa der Feststellung, wen ein Verschulden am Unfall trifft. Selbst bei einem durch Außerachtlassung der Unfallverhütungsvorschriften verursachten Unfall, steht dem Verunglückten oder dessen Hinterbliebenen die Rente zu, es sei denn, der Unfall wäre vorsätzlich herbeigeführt worden. Jedoch für diese Selbstverstümmelungen liegt heute kaum noch ein Motiv vor, da ja die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben ist. Von größter Bedeutung ist insbesondere die Mitwirkung des Unfallvertrauensmannes bei Zweifeln über das Vorliegen eines Betriebsunfalles im Sinne des Gesetzes.

Bei Körperverletzungen, verursacht durch Unfall an der Maschine, wie überhaupt bei allen vorkommenden Unfällen während der Arbeit und im Betriebe, dürften über das Vorliegen eines Betriebsunfalles kaum Zweifel bestehen.

Wesentlich ist, daß der Unfall durch ein plötzliches Ereignis während einer Tätigkeit verursacht ist, die im Zusammenhange des Betriebes stand. Ein solches plötzliches Ereignis liegt auch vor, wenn sich die Folgen erst nach einer längeren Zeitdauer bemerkbar machen, beispielsweise bei Vergiftungen, Wärme- und Kälteeinwirkungen usw. Zweifelhafte ist beispielsweise die Bejahung eines Betriebsunfalles beim Auftreten eines Unterleibsbruches, insbesondere dann, wenn die körperliche Konstitution des davon Betroffenen das Heraustreten eines Bruches vorwiegend begünstigt hat. Die Entscheidung hierüber liegt also meist beim Arzt. Schließlich werden noch einige im Gesetz aufgezählte Berufskrankheiten als entschädigungspflichtig anerkannt.

Streitigkeiten, inwieweit der Unfall mit der versicherungspflichtigen Tätigkeit im Zusammenhange steht, sind freilich nicht selten. Insbesondere durch die Anerkennung der Entschädigungspflicht für Unfälle, die auf dem Wege von und zur Arbeit passieren, haben sich derartige Streitfälle wesentlich vermehrt. So hatte das Reichsversicherungsamt die Unfallrente einem Arbeiter zugesprochen, der auf dem Nachhausewege noch einmal in einem Gasthause für eine halbe Stunde einkehrte und schließlich auf dem Heimwege einen Unfall erlitt. Für die betreffende Entscheidung war wichtig, daß die Einkehr etwa auf dem halben Wege zur Wohnung lag und nicht unmittelbar dabei; ferner, daß eine Trunkenheit wegen des geringen Quantum des genossenen Bieres nicht vorlag, schließlich noch die kurze Dauer des Aufenthaltes im Lokal. Ein mehrstündiger Aufenthalt im Gasthause oder gar Trunkenheit, hätte den Rentenanspruch verwirkt. Einer Arbeiterin aber wurde die Unfallrente abgelehnt, die einen Verkehrsunfall erlitt, nachdem sie auf dem Nachhausewege zum Abendbrot notwendige Einkäufe auf dem Markt machte. Hier war für die betreffende Entscheidung wichtig, daß der Umweg eine die Verkehrssicherheit besonders gefährdete Stelle passierte.

Unfälle, die bei der Verwahrung, Beförderung, Instandhaltung oder Erneuerung des Arbeitsgerätes verursacht werden, sofern diese auch außerhalb des Betriebes passieren, gelten gleichfalls als entschädigungspflichtige Betriebsunfälle. Auch durch das Verhalten der Mitarbeiter entstandene Unfälle gelten als Betriebsunfälle, soweit die Ursachen irgendwie im Zusammenhang mit dem Betrieb gebracht werden können.

Der Unfall muß von dem Arbeitgeber innerhalb drei Tagen angezeigt werden, wenn ein Arbeiter getötet oder so verletzt ist, daß er mehr als drei Tage arbeitsunfähig wird. Die Ortspolizeibehörde des Unfallortes muß so bald als möglich eine Untersuchung einleiten, wenn durch den Unfall jemand getötet oder so schwer verletzt wurde, daß er voraussichtlich nach acht Wochen nicht wieder voll erwerbsfähig ist. Auch sonst ist die Ortspolizeibehörde zur Untersuchung eines Unfalles verpflichtet, wenn diese bei ihr beantragt wird. Die Unfallanzeige allein genügt jedoch mitunter nicht für die Geltendmachung von Rentenansprüchen. Die Ansprüche verjähren nach 2 Jahren. Machen sich erwerbsstörende Folgen des Unfalles erst nach mehr als zwei Jahren bemerkbar, so ist der Rentenanspruch innerhalb drei Monaten zu stellen.

Georg Raible.

VERBAND UND BERUF

Bekanntmachung

Auf Antrag der Mitgliedschaft Neurode ist der Steindruckker *Richard Felgenauer*, Buchnr. 40499, gemäß § 6 Abs. 2 der Verbandsatzungen durch Beschluß des Verbandsvorstandes ausgeschlossen worden.

Ferner wurde auf Antrag der Mitgliedschaft Mannheim der Steindruckker *Johannes Pinzel*, Buchnr. 61621, wegen Sperrebruch in Belgien und gemäß § 6 Abs. 2 der Verbandsatzungen durch Beschluß des Verbandsvorstandes aus dem Verbandsverbande ausgeschlossen.

Der Verbandsvorstand.

Schritte nach der Tiefe

„Wenn man anerkennt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse immer ernster werden, und daß es notwendig ist, mit den Kollegen über Ursache und Wirkung Aussprache zu pflegen, um eine möglichst einseitige Betrachtung von Situation und Machtverhältnissen anzuerkennen, dann müssen sich derartige Veranstaltungen in kürzeren Zeiträumen wiederholen.“

Diese Worte standen am Kopfe eines Berichtes über abgehaltene Versammlungen im Rahmen der Agitationswoche des Verbandes und man kann ihnen im großen ganzen wohl zustimmen. Aber nicht nur das. Da aus den Berichten übereinstimmend zu ersehen ist, daß die Kollegenschaft im Reiche die Wiederholung solcher Versammlungen wünscht und die Agitationswochen begrüßt, müssen zukünftig die Vorbereitungen zu solchen Versammlungen und Veranstaltungen über das Maß des üblichen hinausgehen. Genau so wie vor Verbandstagen besondere Fragen oder Probleme in der „Gr.Pr.“ Gegenstand des Meinungsaustausches sind, genau so muß und kann das vor den Versammlungen der Agitationswoche geschehen. Durch solche Vorbereitungen propagandistischer Art muß der Gesamtkollegenschaft anerzogen werden, daß das ihre Woche ist und daß in diesen Versammlungen alles mit zur Aussprache steht, was ihrer Meinung nach Verbands- und Tarifpolitik positiv zu beeinflussen imstande ist. Es handelt sich also darum, neben den bisherigen Möglichkeiten auf Gau- und Verbandstagen zu diesen Dingen Stellung zu nehmen, eine neue Möglichkeit zu schaffen und zwar auf breiter Grundlage. Liegt die Veranstaltung der Agitationswoche zeitlich in der Mitte und wiederholt sie sich im gleichen Zeitmaß wie die Gau- und Verbandstage, also alle 3 Jahre, dann dürfte das Richtige getroffen sein. Einigen wir uns angesichts der vorhandenen Notwendigkeiten und des Wunsches der übergroßen Mehrheit der Kollegen im Reiche auf dieser Grundlage, dann ist das bestimmt ein Schritt nach der Tiefe in der geistigen Erfassung und in der Beeinflussung der Willensrichtung unserer Kollegen. So etwas wird sich immer im positiven Sinne auswirken, und eine Kollegenschaft, die durch solche Unterrichtungen im allgemeinen mit ins Bild gesetzt wird, was auf dem wirtschaftspolitischen Theater gespielt wird, kann sich zu eigenem Vorteil viel schneller anpassen an das, was notwendig ist oder an das, was unvermeidlich erscheint. Da die Agitationswoche trotz der Anstrengungen für die Referenten, die sicher nicht verkannt werden sollen, noch den Vorteil hat, weniger Mittel zu beanspruchen als manche anderen Tagungen, dürfen auch vom finanziellen Standpunkt keine nennenswerten Einwendungen zu erwarten sein. Wenn man dann nach jeweiligem Abschluß der Agitationswochen nicht nur die Referenten zur Berichterstattung auffordert, sondern auch den Mitgliedern aufgibt, ihre Meinung über Referat oder einzelne Gedankengänge aus demselben, ferner über Eindruck auf die Versammelten und die nachfolgende Aussprache kundzutun, dann dürfte mancher Einblick vermittelt werden, der einer Gesamtbeurteilung nur nützlich ist. Dabei wäre noch außerdem zu erhoffen, daß der kollegiale Meinungsaustausch in unserem Verbandsorgan eine Förderung erfährt, die sicher auch als Vorteil anzusprechen wäre. Mein Vorschlag also, dessen Aktualität nach den Erfahrungen der diesjährigen Agitationsveranstaltung wohl nicht angezweifelt werden kann, steht zur Diskussion! Wer wünscht dafür oder dagegen zu sprechen?

Außerordentlich gefallen hat mir die verschiedene Teilnahme von Frauen unserer Mitglieder, die sich wohl hauptsächlich in den kleineren Mitgliedschaften durchführen läßt. Es ist sicher

ein probates Mittel, auch die Lebensgefährtinnen unserer Kollegen, die ja als Sachwalterinnen und Finanzminister der schmalen Einkünfte, hauptsächlich in Zeiten der Arbeitslosigkeit, mit unserem Tun unmittelbar verbunden sind, an solchen Aufklärungsvorträgen mit teilnehmen zu lassen. Vielfach wird doch die Einstellung unserer Mitglieder mitbeeinflusst von den familiären Verhältnissen und von dem Denken und Fühlen im engsten Kreise. Die Notwendigkeit, die Frauen für unsere Kämpfe mit zu interessieren, hat übrigens schon ein ganz Großer erkannt, Unser August Bebel schrieb einst darüber:

„Auch an die Frau im allgemeinen und an die Proletarierin im besonderen tritt die Aufforderung, in dem Kampfe nicht zurückzubleiben, in dem auch für ihre Befreiung und Erlösung gekämpft wird. Es ist an ihr, zu beweisen, daß sie ihre wahre Stellung in der Bewegung und in den Kämpfen der Gegenwart für eine bessere Zukunft begriffen hat und entschlossen ist, daran teilzu-

fung sein. Vielleicht wird man in Großstädten die Dauer des Referates auf höchstens 1½ Stunden bemessen können, weil man doch auf Kollegen trifft, denen öfters Gelegenheit geboten ist, wirtschaftspolitische Vorträge zu hören und die eine gewisse Vorbildung mitbringen. Auch das sogenannte Schlußwort läßt sich bei dem von mir für richtig gehaltenen Verfahren fast ganz vermeiden, und das ist bei solchen Veranstaltungen sicher gut, weil doch der Gedankenaustausch im Mittelpunkt allen Geschehens stehen soll. Wir müssen darauf bedacht sein, daß nicht das Gefühl zurückbleibt, daß sich der Referent seine Entgegnungen auf alle Einwendungen für das Schlußwort aufgespart hat, nach dem es ja keine Diskussion mehr gibt. Also Gedankenaustausch bis zuletzt! Wenn wir uns so einstellen, dann glaube ich bestimmt, werden wir noch mehr Erfolge mit diesen Veranstaltungen haben als bisher. Da sich mein Vorschlag aber vom Standpunkt der Zuhörenden noch besser beurteilt, steht auch die Methode, wie wir in zukünftigen Fällen am besten Gedankenaustausch pflegen, mit zur Diskussion.

Wer wünscht also zur periodischen Wiederkehr der Agitationsversammlungen und den übrigen im vorstehenden kurz skizzierten Fragen das Wort?

Spektator.

Alois Genefelder

1771-1834

*Im engsten Viertel der Stadt Prag geboren —
Vom Schicksal doch zu Großem auferkoren!
Shatepeare und Goethe weden seine Triebe:
Theaterkunst war seine erste Liebe!*

*Schon schreibt er seine Dramen, schreibt Rusif:
Ins Weite und ins Letzte schweift sein Blick.
Wie Shatepeare — geht er selbst zur Bühne:
Er spricht vor nichts: der Stolz und Kühne!*

*Er liebt das Volk, er schreibt ihm Melodien:
In Noten soll sein Herz den andern Herzen blühen!
Ein Künstler, Denker — ja: ein ganzer Mann,
Der einen neuen Notendrud erfand!*

*Der Rusifer sitzt in der Druderei:
Noten giebt er aus zischendem Blei.
Ein neues, billiges Verfahren —
Das Volk soll seine Musik haben!*

*Erst druckt er Noten, dann kommt er zu Karten:
Das Volk hat Hunger auf die Welt, es soll nicht warten:
Er ist in Offenbach, in Rünghen und in Wien:
Landkarten seht ihr bunt erblühen!*

*Vom Kleinen kommt er in das Große —
Neue Ideen wachsen ihm aus seinem Hirnedeschoße.
Mit Blei begannen — endigt er im Stein:
Farbige Bilder sollen Volkstunst sein!*

*Erfindergeist: Lithographie:
Denker und Künstler: Melodie!
Er wollte alle Welt aus sich beschenken —
Und alle Welt wird seiner immer denken!*

Max Dortu.

nehmen. Sache der Männer ist es, sie in der Abstreifung aller Vorurteile und in der Teilnahme am Kampf zu unterstützen. Niemand unterschätze seine Kraft und glaube, daß es auf seine Person nicht ankomme. Für den Kampf um den Fortschritt der Menschheit kann keine Kraft, und sei sie noch so schwach, entbehrt werden. Das ununterbrochene Fallen der Tropfen höhlt schließlich den härtesten Stein aus. Und aus vielen Tropfen entsteht ein Bach, aus Bächen der Fluß, aus einer Anzahl Flüsse der Strom. Schließlich ist kein Hindernis stark genug, ihn in seinem majestätischen Lauf zu hemmen. Genau so geht's im Kulturleben der Menschheit. . . .

Weniger imponiert hat mir, daß Referenten bei Versammlungen anläßlich der letzten Agitationswoche nach ihren eigenen Angaben 2 und 2½ Stunden referiert haben. Was sollen in solchen Fällen die Kollegen mit nach Hause nehmen, wenn sie nach Ableistung ihrer angestrengten achtstündigen Arbeitszeit 2½ Stunden wirtschaftspolitischem Kreuzfeuer und Beweisführungen ausgesetzt werden? Die Menge tut es doch in solchen Fällen wirklich nicht, wenn ich auch zugebe, daß dieses Stoffgebiet so interessant und gewaltig ist, daß sehr wohl das Bestreben aufkommen kann, den Zuhörenden recht viel davon zu bieten. Länger als 1 bis 1¼ Stunden sollte man im allgemeinen nicht referieren und sich lieber bei reger Aussprache mit kurzen aufklärenden Zwischenbemerkungen öfters einschalten. Auf diese Weise wird immer wieder zur Aussprache angereizt und das soll doch die Hauptaufgabe der ganzen Veranstal-

die niemand bestreiten kann, brachten uns bei der Betrachtung der gewerblichen Lage dazu zu schreiben, daß das Gewerbe neben der Wirtschaftskrise sich auch in einer Arbeitsmarktkrise befindet.

Diese Feststellung hat einen Artikelschreiber des „Steindruckgewerbes“ zu folgender Erwiderung veranlaßt:

„Die Äußerungen der „Graphischen Presse“, die augenblickliche Krise sei mehr eine Arbeitsmarktkrise als eine Wirtschaftskrise, sind bezeichnend für die gänzlich verkehrte Einstellung der Gewerkschaften, um ein härteres Wort zu vermeiden. Als ob eine Arbeitsmarktkrise etwas anderes als eine Wirtschaftskrise ist! Die Arbeitslosigkeit ist, das weiß schließlich jedes Kind, die Folge der Wirtschaftskrise, beide Begriffe können gar nicht voneinander getrennt werden.“

Ob solcher Beweisführung steht einfach der Geist vor Ehrfurcht still und die Kollegenschaft kann sich einen Begriff machen, wie schwer um neue, brauchbare Lehrlingsbestimmungen gerungen werden muß.

Arbeiten nur heißt besitzen.

Ich besitze nicht viel, doch was ich besitze, ist meines. Denn ich habe es mir durch Arbeit erworben. Durch mich selbst wurde es mir. Durch mich wurde der Gegenstand, den ich besitze, aus der Ware zu meinem persönlichen Stück meines Lebens.

JUGENDHILFE

Gestaltung der gewerkschaftlichen Jugendbewegung

Wir stecken mit der gewerkschaftlichen Jugendbewegung noch in den Anfängen. In vielen Orten gibt es überhaupt keine gewerkschaftlichen Jugendgruppen, und wo sie bestehen, ringen wir noch um Inhalt. Denn Jugend will als Jugend behandelt sein. Sie will sich als Jugend erleben. Da genügt der Beruf und seine soziale Gestaltung allein nicht, um das Wesen junger Menschen zu befriedigen.

Jugend will Glauben und Begeisterung. Jugend will Ideale. Sie will Feiern. Und Symbole will sie, die diesen ihren Glauben an Ideale zum Ausdruck bringen.

Einst war es nur das flammende Feuer der Sonnenwende, das der Jugend symbolisches Erlebnis war. Je mehr sich das Jugendbewegte dann mit dem Sozialen verband, um so mehr suchte sich die Jugend auch durch andere Feiern, die dem Zukunftsgedanken galten, zu befreien. Und der Wimpel ist mehr als ein kleines Stück Stoff. Und die Nadel, wie die gewerkschaftliche Jugend sie sich geschaffen, ist mehr als ein äußeres Abzeichen.

Der Sinn für Symbole ist eine Erscheinung des künstlerischen Wesens des Menschen, von dem niemand sich frei machen kann. Wir brauchen nur ein schwarz-rot-goldenes Banner zu hissen, und auch der müdeste Alte wird von Stolz und von Freude erfüllt. So wirkt auch das Rot des Wimpels, der Fahne, ganz besonders auf zukunftsgläubende Menschen, und ohne eine Pflege solcher Symbole und Erlebnisse wird gerade die Jugend nicht im Tiefsten erfaßt.

Eine wunderbare Gelegenheit, dieses Feiersuchen jugendlicher Menschen zu befriedigen und das Herz junger gewerkschaftlicher Menschen mit der anscheinend so nüchternen wirtschaftlichen Bewegung der Organisation zu binden, eine wunderbare Gelegenheit zu solcher symbolischen Feier ist der Eintritt junger Menschen in die gewerkschaftliche Jugendgruppe des Orts.

Es ist nicht jugendhaft, da in der Proletarierwohnung am hölzernen Tisch oder im dunstigen Raume des Wirtschaftshauses nebenbei eben die Beitrittserklärung zu unterschreiben. Die Erklärung des Beitritts zu einer Kampforganisation, die von solch historischer Bedeutung und für den einzelnen das sittliche Rückgrat eines ganzen Lebens ist! Solch ein Ereignis gilt es zum Erlebnis zu bringen. Und wenn die Erklärung als Formalität vielleicht auch in der Küche eines proletarischen Heimes geschah: wir haben Feiern nötig, die die Form besiegeln und die Bedeutung der Tat zum starken Erlebnis machen.

Wiederholt ist es geschehen, daß proletarische Jugend auf größeren Zusammenkünften feierlich durch gemeinsames Sprechen ein Gelöbnis gab. Solch gemeinsames Gelöbnis in feierlicher Stunde hat eine ungeheure menschenzerheuerische und kämpferbildnerische Kraft. Es bindet den Organisationsgedanken mit dem Wesenskern des jugendlichen Menschen. Es erneuert das Gefühl des Stolzes und der solidarischen Macht bei den anderen. Es zieht auch Verbindungsfäden zwischen Alten und Jungen und läßt alle glauben an den Sieg der Sache, für die da immer neue Jugend zu Kämpfern wächst.

Einen großen Rahmen setzt solche Kampfesfeier der Jugend nicht voraus, und darum kann auch der kleinere Ort sie haben. Nur eines verlangt sie: Glauben, Begeisterung und Kämpferwürde.

Ohne den Ausbau der gewerkschaftlichen Jugendbewegung in der Art solcher Erlebnisse zukunftsgläubiger Kraft werden viele wertvolle Menschen der gewerkschaftlichen Jugend fern bleiben. Andererseits bindet solche Jugendarbeit in der Bewegung das Jugendfrohe mit der Organisationsidee. Damit läßt sie das Jugendhafte auch beim Alterwerden nicht verkümmern. Sie pflegt es und bildet es und erzieht so zu bleibendem Glauben und der Begeisterung, die für den sozialen Inhalt der kommenden Jahrzehnte nötig ist. Denn ohne Leidenschaft wird ja, so sagte Lassalle, in der Geschichte kein Stein von dem anderen gerückt. Und wir stehen mitten in großer Geschichte.

Dr. Gustav Hoffmann.

Die Jugendlichen in den Gewerbeaufsichtsberichten

Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten bringen über die Jugendlichen manches Wertvolle. Die Jugendlichen stellen heute im Erwerbsleben eine große Armee dar, sie sind in starkem Maße mitbeteiligt an der Herstellung von Gütern und Waren aller Art. Das kommt auch in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten zum Ausdruck. Man findet hier auch viele Hinweise auf Mißstände in den Betrieben, die besonders dort recht zahlreich sind, wo die gewerkschaftliche Organisation

schwach ist. Die Klagen kommen aus allen Gewerben, und Unternehmer und Handwerksmeister sind sich darin einig, so viel wie möglich aus den Jugendlichen herauszuholen. So heißt es in dem Berliner Bericht: „Aus allen Gewerben kommen gelegentlich Klagen über zu starke Heranziehung der Lehrlinge zu Botengängen, die auch zu unzulässigen Arbeitszeiten führen, Überschreitung des Züchtigungsrechts und einseitige Ausbildung. Die Klagen stellten sich mehrfach als berechtigt heraus.“

Sehr häufig werden die Pausen nicht eingehalten. Der Bericht aus Württemberg sagt darüber: „Bei der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter gab in der Hauptsache die Nichteinhaltung der Pausen Grund zur Beanstandung. In verschiedenen Fällen wurden zu lange Arbeitszeiten und ungesetzliche Beschäftigung nach 8 Uhr abends bei Zwischenbetrieb festgestellt. Zuwiderhandlungen dieser Art ergaben sich besonders dort, wo die Jugendlichen mit den Erwachsenen zusammen arbeiteten und die letzteren auf die Mithilfe der Jugendlichen angewiesen waren.“ Der Bericht aus Osnabrück meldet 3 Bestrafungen wegen Verletzung der Vorschriften über die Pausen. Und das Gewerbeaufsichtsamt Sigmaringen meldet: „Bei der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge bleiben häufig die Vorschriften über die bei längerer als achtstündiger Arbeitszeit zu gewährenden Vor- und Nachmittagspausen unbeachtet.“

Über Ausnutzung der Lehrlinge und jugendlicher Arbeiter wird in vielen Berichten geklagt. Der Stettiner Bericht sagt: „Klagen über Ausnutzung der Lehrlinge und ihre zu hohe Zahl wurden wiederholt vorgebracht. 5 Fälle wurden der Gemeindebehörde mit der Bitte zum Einschreiten übergeben.“ Kassel berichtet: „Die Lehrlinge werden oft als billige Arbeitskräfte betrachtet und deshalb auf Kosten der Ausbildung zu allen möglichen außerberuflichen Arbeiten herangezogen.“ Osnabrück meldet: 19 Bestrafungen wegen übermäßiger Beschäftigung von Lehrlingen. Breslau berichtet: „Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher, die in der Regel in der Überschreitung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit bestanden, sind in 16 Fällen bestraft worden.“ Der Düsseldorfer Bericht meldet: „Ein Betriebsinhaber hat Jugendliche bis zu 74 Stunden wöchentlich beschäftigt.“

Daß auch der Besuch der Fortbildungsschulen häufig der Grund zu Beschwerden ist; geht aus vielen Berichten hervor. So sagt der Breslauer Bericht: „Aus Elternkreisen werden Klagen darüber laut, daß Lehrmeister häufig nur noch berufsschulfreie Lehrlinge, also Schüler von Mittelschulen oder höheren Lehranstalten, einstellen wollen.“ Der Berliner Bericht hebt hervor, daß viele Jugendliche erst dann eine Lehrstelle finden, wenn sie nicht mehr zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet sind. Im Stadtbezirk Herford wurden 15 Strafen wegen Fernbleibens der Lehrlinge vom Fortbildungsschulunterricht verhängt.

Die Klagen über Lehrlingszüchterei sind ganz allgemein. In Berlin wurde ein Betrieb ermittelt, in dem auf 8 Gehilfen 32 Lehrlinge kamen. Bayern und Sachsen berichten über schlechte Behandlung der Lehrlinge. Es mußte mehrmals eingeschritten werden. In Hessen, Sachsen und Bayern wurden Züchtigungen an Lehrlingen festgestellt. Über mangelhafte Ausbildung wird viel geklagt. In einigen Fällen wurde den Lehrmeistern die Ausbildung auf eine bestimmte Zeit entzogen. Der Breslauer Bericht sagt, daß die Gewerkschaften bemüht sind, daß die Lehrlinge gut ausgebildet werden. Die Unternehmer wollen aber von der Mitwirkung der Gewerkschaften nichts wissen, weil diese gegen die Ausbeutung der Lehrlinge und deren schlechte Behandlung sind.

Überprüft man das den Berichten beigegebene statistische Material, so kann man feststellen, daß in 6900 Fällen Verstöße gegen die Vorschriften zum Schutze der Jugendlichen ermittelt wurden. Hierzu ist zu bemerken, daß im Jahre 1928 in ganz Deutschland nur 386 000 Betriebe kontrolliert wurden, bei einer Gesamtbetriebszahl von 3,4 Millionen. Wenn schon in diesen wenigen kontrollierten Betrieben — an der Gesamtzahl gemessen — soviel Verstöße ermittelt wurden, wieviel Verbotenes muß dann noch vorhanden sein!

Diese Tatsachen zwingen dazu, daß die Gewerbeaufsicht ausgebaut und die Schutzbestimmungen verschärft werden. Es gibt in Deutschland nur 727 Gewerbeaufsichtsbeamte, eine Zahl, die selbstverständlich zu gering ist, eine durchgreifende Kontrolle durchzuführen. Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten beträgt 395. Bei dieser Sachlage haben die Unternehmer die Kontrolle gar nicht zu fürchten. Auch muß die Höhe der Strafen bemängelt werden, die eine Abschreckung keineswegs ist. Selten überschreitet das Strafmaß 100 Mark, es schwankt gewöhnlich zwischen 20 bis 80 Mark. Hierfür können sich die Unternehmer schon sehr viel herausnehmen.

Hauptversammlung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände

Im Anschluß an seine vierte Führertagung hielt der Reichsausschuß am 22. Mai 1930 zu Marburg seine ordentliche Hauptversammlung ab. Die von der Geschäftsführung vorgelegten Geschäfts- und Kassenberichte ließen erkennen, daß die Wirksamkeit des Reichsausschusses sich in den vergangenen zwei Jahren wesentlich gesteigert hat.

Die bereits mehrmals zurückgestellten Aufnahmeversuche der Junggefolgschaften des Jungdeutschen Ordens, des Jungbanners Schwarz-Rot-Gold, des Jungstahlhelms und des Jungwolfs wurden vom Vorstände der Hauptversammlung zur Entscheidung vorgelegt. Der Vorstand schlug einstimmig die Aufnahme der Junggefolgschaften des Jungdeutschen Ordens vor. Die satzungsgemäß notwendige Einstimmigkeit der Hauptversammlung konnte aber nicht erreicht werden, da der Bismarckbund der Deutschnationalen Volkspartei mit der Begründung Einspruch erhob, daß die Junggefolgschaften entgegen der Ansicht des Vorstandes der Gruppe der Kampferverbände zuzurechnen seien und ihrer Aufnahme nur dann zugestimmt werden könne, wenn gleichzeitig der Jungstahlhelm und der Jungwolf aufgenommen werden würden. Infolge des Einspruches des Bismarckbundes verfiel somit das Aufnahmegebet der Junggefolgschaften der Ablehnung. Bei den Aufnahmeversuchen des Jungbanners Schwarz-Rot-Gold, des Jungstahlhelms und des Jungwolfs ließ sich ebenfalls keine Einstimmigkeit erzielen. Der Vorstand bekundete als seine einmütige Auffassung, „daß das Jungbanners Schwarz-Rot-Gold den Voraussetzungen der Mitgliedschaft entspreche, aber eine gleiche Einmütigkeit in der Beurteilung des Jungstahlhelms und des Jungwolfs sich nicht erzielen ließe, da ein für alle Mitglieder des Vorstandes gleichermaßen tragbarer und von ihnen anerkannter Maßstab der Beurteilung nicht gewonnen werden konnte“. Unter diesen Umständen waren mehrere Vorstandsmitglieder der Überzeugung, daß die Aufnahme keines der genannten Verbände verantwortet werden könne. Dieser Auffassung schlossen sich Jugendverbandsvertreter verschiedener Richtungen in der Hauptversammlung an, so daß in der Einzelabstimmung die erforderliche Einstimmigkeit nicht erreicht wurde und somit die Aufnahmeversuche sämtlicher Verbände abgelehnt wurden.

Von besonderer Bedeutung war noch die Beratung über Auslandsfahrten deutscher Jugendgruppen, für die die im Reichsausschuß zusammengeschlossenen Jugendverbände besondere Richtlinien vereinbarten. In diesen Richtlinien wird gefordert, daß Auslandsfahrten deutscher Jugendgruppen und Beteiligung deutscher Jugendverbände und Jugendgruppen an internationalen Veranstaltungen in einer Form und Art durchgeführt werden sollen, daß das Ansehen des Deutschen Reiches nicht geschädigt wird. Die gründliche Vorbereitung von Auslandsfahrten wird den Jugendführern zur besonderen Pflicht gemacht. Bei der Teilnahme an internationalen Tagungen sollen die deutschen Abordnungen verpflichtet sein, darauf zu achten, daß eine dem Ansehen Deutschlands entsprechende Berücksichtigung der deutschen Sprache erfüllt wird, und die deutsche Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold in würdiger Form dann zu zeigen, wenn die ausländischen Jugendorganisationen ihre Nationalflaggen zeigen.

Ferienreisen mit englischen Gruppen junger Menschen

Zur Pflege der freundschaftlichen Annäherung der älteren Jugend beider Völker, zur Förderung eines ersprießlichen Gedanken- und Sprachaustausches und zur Herbeiführung eines ungezwungenen Zusammenseins jugendbewegter Menschen ist beabsichtigt, auf deutschem Boden vierzehntägige Lagertreffen abzuhalten. Es sollen Gruppen von etwa 25 Personen beiderlei Geschlechts zusammengestellt werden, die geeignet sind, mit einer gleichen englischen Gruppe etwa die Hälfte der Zeit zu wandern und die übrige Zeit irgend eine große Stadt (Berlin, Dresden, München oder Hamburg) zu besichtigen. Die Unterbringung soll in einer größeren Jugendherberge erfolgen (Ausweis oder Mitgliedskarte erforderlich). Die Kosten werden so niedrig als möglich gehalten werden. Später sollen diese Zusammenkünfte auch in England stattfinden; zur Zeit sind die Unterbringungskosten noch zu hoch. Wer sich an solchen Treffen, die August, September und Oktober vorgesehen sind, beteiligen will, soll sich unter Beifügung einer kurzen Einführung seiner Person (Bildungsgang, Alter, Lebensanschauung, Jugendrichtung, Grad der Sprachkenntnisse, Ferienzeit) schleunigst (aber nur durch Postkarte) an Bruno Achilles, Berlin-Birkenwerder, wenden.

LITERATUR UND KUNST

Ragaz

Als Photograph in der Schweiz

Nun bin ich schon vier Wochen hier — in Bad Ragaz. Mitten in den Bergen der Schweiz, Kanton Sankt Gallen, am Hochrhein, am Alpenrhein. Ich bin Photograph: ich bin hier in Saisonstellung — Bad Ragaz hat viel Fremdenverkehr: jeder will sich photographieren lassen — mit den Schweizer Gebirgen als Hintergrund, die Höhe und der Gletscherglanz der Gebirge sollen auch den Kurgast als Mensch heben und beglänzen! Das liegt nun mal so in der menschlichen Natur — seine Umwelt benutzt der Mensch als Sockel; er steht drauf — ein lebendes Monument: bitte, photographieren Sie mich mal!

Mein Chef, 'n guter Kerl, 'n bisserl spießberlich zwar, aber im Herzen ist er mir verwandt — er ist Sozialist. Wie er jung war, hat er auch die Welt gesehen. Er war in Wiesbaden, Paris und Ägypten. Das Essen bei meinem Chef ist gut, nur gibts 'n bißchen zuviel Milch. In Koblenz, wo ich vorher in Stellung war, da gab's statt der Milch Vinum: Wein, Wein, Wein, Wein von den Bergen des Rheins.

Bad Ragaz. Es liegt dicht am Rhein — am Alpenrhein —, der hier brausend und donnernd und schäumend seine Jugendkraft selber nicht zu bändigen weiß. Die Menschen aber nützen die Kraft des jungen Rheines: Turbinen muß er treiben. Bad Ragaz funkelt abends zumindest ebenso blank wie der Sternenhimmel — von seinen elektrischen Glühbirnen. Der Hochrhein bricht hier durch zwei mächtige Gebirgsketten — durchs östliche Rätikongebirge und durch die westlichen Glarner Alpen. Das Rätikongebirge, bis zu 3000 Meter hoch, ist der Grenzwall zwischen dem Fürstentum Liechtenstein, Vorarlberg und Tirol einerseits und der Schweiz andererseits. Die Glarner Alpen sind die Fortsetzung der Berner Alpen, die mit ihrem vergletscherten 4000-Meter-Kamm den germanischen Volksstamm von den italienischen oder weischen Völkern des Südens trennen.

Bad Ragaz liegt an der uralten Völkerstraße, die aus der Po-Ebene herauf an den Bodensee führte. Die alte Römerstraße, vom Comer See über Chiavenna und den Malojapa ins Engadin, dann nach Chur am Rhein, den Rhein abwärts über Ragaz nach Rorschach am Bodensee! In dieser Richtung sind dereinst die römischen Legionen in Germanien eingetroffen, haben es bis an die Rheinmündung unterjocht. Später zogen den gleichen Weg die germanischen Landsknechthaufen, den Weg in umgekehrter Richtung, um die Erbfolgeländer des antiken Rom unter germanische Kontrolle zu bekommen, politisch und wirtschaftlich. Heute ist die alte Italia-Bodenseestraße nur noch Touristenstraße, meistens Bahnstrecke oder doch Postautolinie!

Der höchste Berg bei Bad Ragaz ist die Ringelspitz, im Glarner Gebirgsstock: vergletschert, 3250 Meter hoch. Von der Ringelspitz herab stürzt der Wildbach Tamina, ein übermütiges Mädel, die da Hundertmeter-Sprünge über steile Felswände herab macht, die sich, grüschäumend, durch manche tiefe Schlucht hindurchzwängt, um dann bei Ragaz sich in die Arme des Junkers Rhein zu werfen. Eine jugendheißer Liebe: Jungfer Tamina wirft sich ans Herz des Jünglings Rhein. Tamina und Rhenus ein Brautpaar. Rhenus sagten die Römer zum Rhein, und den Wildbach von der Ringelspitz herab nannten sie Tamina. Die Tamina war ihnen wichtig, weil ihr Wasser dampfte, weil es heiß war. Die Römer entdeckten nämlich oberhalb der Pfäferschlucht heiße Mineralquellen, in denen ihre gichtkranken Feldherren und deren übermüdeten Konkubinen badeten. Die Pfäferschlucht, westlich

von Ragaz, durch die sich die brausende Tamina zwängt, oberhalb der Schlucht sprudeln aus den Felspalten die heißen Quellen. Auf den Ruinen des alten Römerbades wuchs ein Kloster, schon im 8. Jahrhundert, eine Benediktinerabtei, die nichts anderes als ein mittelalterliches Kurhotel war, in dem sich die feisten Kirchenherren von Nord und Süd, aus dem ganzen heiligen römischen Reich deutscher Nation, vom Zipperlein befreiten, oft die Folge von zu viel genossenem Vinum. In vino veritas: jawohl! Aber in zu viel Vinum Ischias!

Heute werden die Mineralquellen oberhalb der Tamina in Stahlrohren aufgefangen und zum Kurbad Ragaz hinabgeleitet. Ragaz hat auch in der Freiheitgeschichte der Schweiz eine größere Bedeutung. Hier schlugen Anno 1446 die freien Eidgenossen die Heere der Habsburger Fronvögte. Ragaz — Freiheit von der Tyrannei der Fürsten.

Über Ragaz liegt die Ruine Wartenstein: Erinnerung an die Zeit der „kaiserlichen“ Fronvögte. Von diesem Raubnest aus wurden die Kaufmannszüge geschöpft, durch Schlagbaum und Radzoll: die Handelskarren, die von Italia hinauf in die germanischen Länder zogen oder umgekehrt.

Und all diese historischen Stätten habe ich photographiert: die Burgen, die Klöster, die Abteien und Berge, Gletscher, Schluchten, Felspartien, Fichtenwälder und die Strudelgewässer der Tamina und des Rheins. Keine schönere Arbeit, als mit der photographischen Kamera die Natur und die historischen Bauten der Vergangenheit für den Tag und für den kaufenden Kurgast festzuhalten. Solche Arbeit beglückt dich, du bist stolz, ein Photograph zu sein und doppelt glücklich bist du, wenn du dich mit deinem Chef verträgst, weil er, gleich dir, Sonntags am Herzen die rote Nelke trägt.

Die rote Nelke an meinem Herzen hat mich auch 'nen Schatz finden lassen — ein Mädel. Quieselche heißt sie; sie ist „Haustochter“ im Kurhotel, bei uns in Deutschland sagen wir Dienstmädchen oder Zimmermädchen. In der Schweiz gibt es in den Hotels nur Haustöchter und Serviertöchter. Letztere heißen wir in Deutschland Kellnerinnen. Die Schweiz ist eine alte Demokratie, selbst in der Sprache ist der Schweizer demokratisch: mein Bräutchen Quieselche ist 'ne „Haustochter“ im Kurhotel von Ragaz. Wir tragen beide die rote Nelke. Denn mein Quieselche ist gebürtig aus Leipzig, und ich selbst, ich bin doch aus Wurzeln. Quieselche und ich, wir kommen beide aus der Arbeiterjugend heraus. Die rote Nelke war unser politischer Herzenspaß; wir haben uns gleich erkannt. Und wenn alles gut geht, dann heiraten wir in zehn Jahren, vielleicht kriegen wir die Möbel auch schon früher zusammen. Oder wir machen es wie die jungen Adler im Gebirge Rätikon, wir horsten uns oben im Fichtenwald ein. Mal sehen! Nix überstürzen, aber auch nix auf die allzulange Bank schieben.

Bad Ragaz. Schweiz. Im Jahre 15000 Kurgäste. Bad Ragaz — in fünf Geschäften gibt es sechs Photographengehilfen. Sie sind alle aus Deutschland, geradeso wie in den Hotels alle Haus- und Serviertöchter aus Deutschland sind. Ja, die meisten Kurgäste kommen aus Deutschland trotz der Reparationen und Steuern! Das gibt zu denken.

Von den sechs Photographengehilfen dahier war ich der einzige, der Sonntags die rote Nelke trug. Nun aber tragen die andern fünf auch die rote Nelke. Ich habe die Kollegen zusammenschweigt, ich habe sie für den freien Verband gewonnen; wir sind freigewerkschaftlich eine Bruderschaft geworden im Verband der Steindruck- und Lithographen, wo wir wirtschaftspolitisch hingehören.

Ragaz, das Bad, in der Schweiz. Heiß umarmen sich die wilde Tamina und der schäumende Junker Rhein — die Natur gibt das Beispiel. Nicht weniger wild umarmt mein Quieselche ihren Schatz — und der bin ich, der Saisonphotograph beim roten Meister Schweizerdegen. Nun adieu — ich grüße euch alle in der lieben Heimat — Freischweiz, Frei-Bild, Frei-Wort! Max Dortu.

Rundschau

Der Arbeiterstenographenverband für das deutsche Sprachgebiet,

der Ostern 1926 durch die Verschmelzung der Arbeiterstenographenverbände für Stolze-Schrey, Stenotachygraphie, Nationalstenographie und Reichskurzschrift als intersystemale Einheitsorganisation aller Deutsch sprechenden Arbeiterstenographen gebildet worden ist, kann jetzt auf ein vierjähriges erfolgreiches Wirken zurückblicken. Eine kürzlich in Leipzig abgehaltene Gauleiterkonferenz legte Zeugnis ab von dem gesunden, vorwärtsdrängenden Geist, der diese Bildungsorganisation der klassenbewußten Arbeiterschaft erfüllt. Der Vorstand, der Anfang 1929 mit dem Sitz des Verbandes von Bremen nach Dresden verlegt wurde, war eifrig bemüht, unter Ausschaltung jedes Systemkampfes die Kurzschrift zu pflegen und in der Arbeiterschaft zu fördern. Das Verbandsgebiet war Ende 1929 in 14 Gaue eingeteilt, von denen bis jetzt 9 mit Gauleitungen besetzt sind. In 26 Städten befinden sich Ortsgruppen des Verbandes, in vielen anderen Orten wohnen Einzelmitglieder, die in der korrespondierenden Mitgliedschaft (Leiter: Hubert Hoch, München-Gladbach-Neuwerk, Hoven 107) zusammengefaßt sind. Im vorigen Jahre haben 19 Ortsgruppen insgesamt 48 Anfängerkurse mit 860 Teilnehmern abgehalten. Die im Verbandsorgan „Der Schriftgenosse“, der allmonatlich in Buchdruck mit Fachbeilagen für die verschiedenen Systeme erscheint, regelmäßig ausgeschriebenen Monatsarbeiten fanden rege Beteiligung. Im Verbandsverlag sind für mehrere Systeme eigene Lehrbücher erschienen. Die Gauleiterkonferenz, an der Vertreter aus allen Gauen teilnahmen, beschloß, vor der Neuausgabe der Verbandslehrbücher die Meinung der Ortsgruppen einzuholen und deren Vorschläge bei der Revision zu berücksichtigen. Die Verbandsstatistik soll nach bestimmten Grundsätzen weiter ausgebaut und eine Prüfungsordnung für Unterrichtsleiter soll ausgearbeitet werden. Der nächste Verbandstag wird Ostern 1932 stattfinden. Alle Arbeiterstenographen, die dem Verband noch nicht angehören, werden zum Beitritt dringend eingeladen. Verbandsvorsitzender ist Hugo Jäckel, Dresden-N., Antonstraße 14.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Neuer Tarif für das Lithographie- und Steindruckgewerbe. / Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder! / Wir brauchen Konjunkturpolitik.

Recht und Gesetz: Bilanz der internationalen Sozialpolitik. / Der Betriebsunfall.

Verband und Beruf: Bekanntmachung. / Schritte nach der Tiefe. / Alois Senefelder 1771—1834. Um die Lehrlingsbestimmungen.

Jugendhilfe: Gestaltung der gewerkschaftlichen Jugendbewegung. / Die Jugendlichen in den Gewerbeaufsichtsberichten. / Hauptversammlung des Reichsausschusses. / Ferienreisen mit englischen Gruppen junger Menschen.

Literatur und Kunst: Ragaz. / Rundschau. / Anzeigen.

Hochwertige Klischees

erzielen Sie bei Verwendung der

Elektronätzplatte 28.

Verlangen Sie kostenfrei unsere Werbeschrift.

Pyrophor-Metallgesellschaft, Akt. Ges. Werden/Ruhr

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität

Ia Auswaschtinktur

Zinkätzsalz D R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36

Wiener Straße Nr. 50
Fernspr. Mor. 12289

Das Beste für den Offset- und Steindruck ist:

Druckpaste „Nürwa“, Trocknmittel „Mellon“ (bleifrei)
Scharftrockner „Ratiol“.

Seit Jahren bestens bewährt.

KARL A. WAGNER, Chemische Produkte,
Crimmitschau i. Sa., Schloferstraße 4.